

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst-abböler 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206 — Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonellszeile 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf., Stellenangebote 10gep. Kolonellszeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privaten die 10gep. Kolonellszeile mit 50% Nachlaß. Restameisse 2 Mk. Inserate u. ausw.: die 10gep. Kolonellszeile 40 Pf., bei Platzvorkauf 60 Pf., Restameisse 2.25 Mk.
---	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Die Komödie der Irrungen

Das Kabinett „ohne Bindungen“

Berlin, 26. Juni.

Karl Marx schrieb einmal, alle geschichtlichen Begebenheiten wiederholen sich zweimal, das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce, als Komödie. Am Freitagmittag endigten die Verhandlungen über die Große Koalition. Der letzte Akt einer Tragödie, der mit seinen theatralischen Schlussszenen schon reichlich komisch wirkte. Am gleichen Abend begannen die Verhandlungen über das Kabinett der Persönlichkeiten, und damit verzerrte sich das Theater zur Burleske.

Die Berliner Appahtdemokratie forderte schon am ersten Tage nach der Wahl, daß diesmal mit den bisherigen Gebräuchen bei den Regierungsbildungen gebrochen werden müsse. Persönlichkeiten vor die Front, so lautete die Parole. Fort mit dem Einmischen der Fraktionen. Die Persönlichkeiten bestimmen die Politik. Hermann Müller hat sich sodann an diese Vorschläge nicht gehalten, er verhandelte mit den Fraktionen. Das Ergebnis war die 22gliedrige Kommission. Sie hat ein Regierungsprogramm nicht zustande gebracht, trotz aller Kompromißvorschläge, trotz Hindenburg und trotz alledem. Diese Verhandlungsmethoden wurden berechtigterweise viel kritisiert, sie boten nämlich Stoff für eine zugkräftige Revue. Was aber haben die letzten Tage gebracht, die Besprechung der „Persönlichkeiten“, die ohne fraktionelle Bindungen handeln, also das Rezept der Demokraten verwirklichen sollten?

Das Zentrum tagt seit Montag vormittag in Permanenz, um das Kabinett ohne „fraktionelle Bindungen“ zustande zu bringen. Es verhandelt über die Namen der drei Mann, die die Partei der Güter und März in dem Kabinett der Persönlichkeiten vertreten sollen. Der Kuhhandel wurde den ganzen Dienstag fortgesetzt, um zu entscheiden, wer das Ministerium der Justiz, des Verkehrs, der Befehle Gebiete und der Arbeit befehlen soll. Dabei hatte das Zentrum, wie schon bemerkt, nur drei „Persönlichkeiten“ namhaft zu machen, da einer dieser Kabinettsitze der Sozialdemokratie zufallen sollte. Und deswegen zwei Tage Fraktionshungen in Permanenz. Dabei hatte Hermann Müller dem Zentrum am Dienstagmorgen eine Entscheidung vorweg genommen, denn bis dahin ging der Streit auch um den Ernährungsminister. Das Zentrum hatte dafür zunächst Herrn Hermes genannt, er wurde aber aus parteipolitischen Gründen fallen gelassen. Der neue Kanzler hatte sich den Demokraten Dietrich-Baden für diese Aufgabe auserwählt und die Demokraten haben darum Herrn Koch, der als Justizminister vorgezogen war, fallen gelassen. Nicht etwa des Justizministeriums wegen waren die Demokraten um Herrn Koch besorgt, sondern weil sie damit glaubten, den zur Volkspartei schielenden Fraktionsführer loszuwerden.

Also blieben für das Zentrum drei Ministerposten, über die es sich entscheiden sollte. Da ging es zunächst um den Arbeitsminister, der nach dem Willen der christlichen Gewerkschaften den Sozialdemokraten zugeschoben werden soll. Der Anwärter dafür bleibt Dr. Brauns. Sodann bliebe die Justiz, der Verkehr, die Befehle Gebiete, und um diese Befehle dieser Posten wollte der Streit im Zentrum zwei Tage lang. Wahrscheinlich eine Komödie sondergleichen. Aber auch das wurde noch weit in den Schatten gestellt durch die Person Dr. Wirths, die die Komödie zur Posse steigerte.

Herr Wirth wurde bereits vorige Woche vom Vorstand der Zentrumsparlei für den Posten des Vizekanzlers vorgeschlagen. Dann kam der Abbruch der Verhandlungen über die Große Koalition. Dem folgten die Erörterungen über das Kabinett der Persönlichkeiten. Und Herr Dr. Wirth ist eine „Persönlichkeit“, also muß er ins neue Kabinett. Nun aber winkt der Vorwärts ab, der Posten des Vizekanzlers wird fallen gelassen. Also blieben für den Gymnasialoberlehrer aus Freiburg in Baden der Verkehr und die Befehle Gebiete. Herr Wirth aber erklärte, seine Fähigkeiten liegen auf dem Gebiete der Außenpolitik, er kenne London, Paris, Genf, Genua und Rom, also müsse er mindestens Vizekanzler werden, denn „Verkehr“, d. h. das Ministerium des Verkehrs, habe er bisher noch nicht gehabt. Man rebete dem früheren Kanzler zu, das Verkehrsministerium sei doch der wichtigste politische Posten im Kabinett. Das wiederum wollte er nicht anerkennen, und mit diesem vielbesprochenen und verspotteten Possenspiel ging ein langer geschlagener Tag dahin.

Jedoch diese Komödie der Irrungen hat auch eine sehr ernste Seite. So beginnt das Kabinett, das keine „fraktionellen Bindungen“, also kein festgelegtes Aktionsprogramm haben soll. Die Zentrumsfraktion aber brauchte zwei volle Tage, um nur über drei Minister einig zu werden. Deswegen wurde die sozialdemokratische Fraktion viermal verlagert, weil das Zentrum über die „Bindungen“ der Fraktion nicht hinwegzukommen vermochte. Dabei ist noch keinerlei Regierungsprogramm festgelegt, aber das Satirspiel der letzten Tage hat von ungefähr gezeigt, was es mit der Bindungslosigkeit tatsächlich auf sich hat. Das Kabinett der Persönlichkeiten ist die Große Koalition, auf Umwegen herbeigeführt, aber es ist wesentlich schlechter als die Große Koalition, da es nicht einmal jene Bindungen enthält, die unter dem Zwang der Verhältnisse durch die Manöver des Zentrums und der Volkspartei festgelegt worden waren. Das Zentrum ereifert sich um die Befehle von

drei an sich nicht bestrittene Ministerposten zwei Tage lang; was soll dann werden, wenn über den Panzerkreuzer, das Lohnsteuer-Erstützungsmittel entschieden werden soll? Und nun hat auch Herr Curtius seine Entscheidung von der Zustimmung seiner Fraktion abhängig gemacht, die erst am Mittwochvormittag zusammen-treten soll.

Das also ist das Resultat der Verhandlungen zweier Wochen. Die Große Koalition in verschlechterter Auflage als ein Kabinett der „Persönlichkeiten“ ohne Bindung der Fraktionen. Allein um die Benennung von drei Persönlichkeiten aber stritt sich das Zentrum zwei Tage lang.

Noch keine Regierung

Trotz Hindenburgs Befehl

Ueber den Stand der Versuche zur Bildung einer Regierung berichtet der Soz. PresseDienst:

Die am Montag gehegte Hoffnung, daß die Bildung der neuen Regierung bis Dienstagabend abgeschlossen sein würde, hat sich infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten leider nicht erfüllt. Diesmal kommen die Hindernisse vom Zentrum bzw. dem Abgeordneten Dr. Wirth. Im Zentrum selbst war man in den letzten Tagen ebenfalls von dem Gedanken einer Vizekanzler-schaft abgekommen. Am Dienstag wurde der längst als überholt geltende Plan plötzlich wieder aufgegriffen.

Es gibt in allen Parteilagern Freunde und Gegner einer Vize-kanzlerschaft. Der Abgeordnete Hermann Müller gehört zu den Gegnern. Auch der Reichspräsident wünscht, daß von der Schaffung eines solchen Amtes abgesehen wird. Müller-Franken hat sich be-halb am Dienstag wiederholt bemüht, das Zentrum von seinem

Standpunkt abzubringen. Die Entscheidung darüber soll am Mittwochvormittag in einer Fraktions-sitzung des Zentrums fallen. Um 12 Uhr beabsichtigen die Führer der Zentrumsfraktion, dem Ab-geordneten Müller Bericht über den Ausgang ihrer Beratungen zu erstatten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich am Dienstag in vorgeklärter Abendstunde noch mit der parlamentarischen Lage befaßt und eingehend darüber diskutiert. Die Fraktion wird am Mittwoch um 13 Uhr wieder zusammentreten.

Die vorläufige Ministerliste

Der Abgeordnete Hermann Müller beabsichtigt nunmehr, dem Reichspräsidenten am Mittwoch um 17 Uhr über den Verlauf seiner Verhandlungen Bericht zu erstatten und die endgültige Ministerliste vorzulegen. Das Justizministerium dürfte erst in den nächsten Tagen besetzt werden. Als ausstehendster Anwärter wird der Professor der Rechte an der Heidelberger Universität, der frühere Justizminister Dr. K a d b r u c h genannt.

Die vorläufige Ministerliste weist folgende Zusammen-setzung des neuen Kabinetts auf:

- Reichskanzler: Hermann Müller (Soz.).
- Außen: Stresemann (D. Sp.).
- Inneres: Seewering (Soz.).
- Arbeit: Brauns (Zentr.).
- Wirtschaft: Curtius (D. Sp.).
- Finanzen: Hildebrand (Soz.).
- Justiz: Sänge (Soz.).
- Reichswehr: Gröner (—).
- Verkehr: Wirth (Zentr.).
- Ernährung: Dietrich-Baden (Dem.).
- Post: Schöppe (Bayr. Sp.).
- Befehle Gebiete: v. Guérard (Ztr.).

Englands Druck auf Aegypten

Eine liberale Regierung

SPD London, 26. Juni.

Der König von Aegypten hat Mohammed Mahmud Pascha, den Führer der sogenannten Liberalen im ägyptischen Parlament, mit der Regierungsbildung betraut. Da Mahmud Paschas Partei ledig-lich 28 von den 200 Abgeordneten des gegenwärtigen Parlamentes zählt und es als ausgeschlossen gilt, daß der liberale Führer auf dem Wege der Koalition eine Mehrheit zustandbringen wird, steht eine neue innerpolitische Krise in Aegypten bevor. Es herrscht die Befürchtung, daß das Parlament, wie im Jahre 1925, auf unbestimmte Zeit verlagert und das Land neuerdings in verfassungswidriger Weise regiert werden wird.

In Kairo werden inzwischen immer stärkere Zweifel an der Echtheit der vor wenigen Tagen veröffentlichten und den Minister-präsidenten Naha Pascha schwer belastenden Dokumente laut. Der Eindruck verstärkt sich, daß es sich um einen von den politischen Gegnern Naha Paschas wohlvorbereiteten Schlag zum Sturze des Kabinetts handelt.

Aegypten, für dessen Unabhängigkeit zu kämpfen die Engländer noch heute versuchen, führt seit Jahren einen entsetzlichen Kampf um seine Unabhängigkeit. Die englischen Imperialisten sind jetzt die wirklich Herrschenden in und über Aegypten und jeder Versuch, ihre Herrschaftsstellung zu schwächen, wird von ihnen mit allen Mitteln niedergeschlagen. Das hat sich längst gezeigt, als die Aegypter sich vor wenigen Monaten ein neues Versammlungs-gesetz geben wollten, das den Bewohnern ihres Landes dieselben demokratischen Rechte geben sollte, die die Engländer schon lange haben. Da beorderte die britische Regierung einen Teil ihrer Kriegskräfte in die ägyptischen Häfen, um durch diese sehr unzwei-deutige Drohung das Zustandekommen dieses Gesetzes zu verhindern. Diese Drohung hatte Erfolg, das Gesetz wurde von der Regierung und dem Parlament nicht verabschiedet.

Trotz dieses Sieges sind die englischen Imperialisten nicht voll befriedigt. Die Regierung Naha Pascha, die eine Koalitions-regierung zwischen dem Wasf und der Liberalen Partei ist, ist ihnen nicht gefügig genug. Die Partei des Wasf erstrebt die voll-ständige nationale Unabhängigkeit Aegyptens, und ihre Minister haben immer wieder versucht, diesem Ziele näherzukommen. Die Liberale Partei möchte zwar auch die nationale Unabhängigkeit, aber nur aus dem Grunde, um in der Ausbeutung der ägyptischen Proletariat keine ausländische Konkurrenz zu haben. Ein Kampf für die Unabhängigkeit, der die Arbeiterschaft und ihre Bewegung stärkt, findet nicht ihre Unterstützung. Viel lieber finden sie sich dann zu einem Kompromiß mit den Engländern bereit.

In diesen Gegenständen ist jetzt das Kabinett Naha Pascha gescheitert. Der Scheinönig Fuad, der sich völlig in der Abhängig-keit von England befindet, hat das Kabinett zur Demission ge-zwungen. Als Grund dafür werden Briefe angegeben, durch die Naha Pascha selbst und noch einige weitere Führer der Partei des Wasf schwer kompromittiert worden sein sollen. Es wird ihnen Verleumdung nachgesagt. Die Vorgeschichte dieser An-gelegenheit geht auf den Prinzen Ahmed Seiffedin zurück, der vor dreißig Jahren seinen Schwager, den jetzigen König Fuad, durch Revolvererschüsse verwundet hatte. Nach zweijähriger Gefäng-nisstrafe wurde der Prinz für unzurechnungsfähig erklärt und in ein Irrenhaus nach Sues übergeführt. Aus diesem brachte er im Jahre 1925 aus; es gelang dem Prinzen damals, nach Konstanti-nopel zu entkommen. Kurz darauf strengten der Prinz und seine Mutter, Prinzessin Rujuan, einen Prozeß an, um die Freigabe des Vermögens des Prinzen zu erwirken. Als Anwälte wählten sie den jetzigen Premierminister Naha Pascha, den jetzigen Kammerpräsidenten Wissa Wassif und das hervorragende Mit-glied der Wasf, Gasar Fakhri. Diesen Anwälten versprach die Prinzessin die ungeheure Summe von 117 000 Pfund, falls sie den Prozeß gewinnen, und nochmals 22 000 Pfund, falls der Prinz Ahmed eine Jahresrente von 10 000 Pfund erhalten würde.

Stellt schon das Versprechen solcher Summen nach ägyptischer Auffassung eine Bestechung dar, so wird der Fall weiter durch einen Brief Gasar Fakhris an den Gatten der Prinzessin kompliziert, der die Mitteilung vom Tode Jaghul Paschas und von der Ernennung Naha Paschas zu dessen Nachfolger enthält. Gleichzeitig aber spricht Gasar Fakhri in dem Schreiben die Hoffnung aus, daß das neue Parlament den „Sokrat“, das bisher für die Mitglieder der königlichen Familie zuständige Gericht aufheben und das ge-wöhnliche Gericht an seine Stelle setzen werde. Der Brief enthält die weitere Versicherung, daß die Ernennung Naha Paschas zum Premierminister den Prozeß des Prinzen erleichtere.

Inzwischen werden starke Zweifel an der Echtheit dieser Briefe gemeldet. In Wirklichkeit wird man den letzten Grund zu dem Sturz der Regierung nicht in diesen falschen oder echten Briefen finden, sondern vielmehr in dem Bemühen Englands, in Aegypten endlich wieder eine ihm willfährige Regierung zu haben. Die Liberale Partei scheint ihm eine solche Regierung zu garantieren. Eine Schwierigkeit ist freilich dabei: die Liberalen haben nur 28 Abgeordnete, während dem Parlament 200 Abgeor-dnete angehören. Es fehlt einer liberalen Regierung also die Mehr-heit im Parlament und es ist wenig Aussicht vorhanden, sie etwa mit Unterstützung eines Teiles der Wasf-Partei zusammenzubrin-gen. Der Wasf stellt etwa drei Viertel des Parlaments und seine Macht in der Bevölkerung liegt eben in dem wichtigsten Programmpunkt: völlige Trennung vom britischen Imperium und unbeschränkte Unabhängigkeit des Landes. Da der Wasf hier nicht nachgeben kann, ohne seine eigenen Kräfte zu schwächen, ist die weitere Ent-wicklung der politischen Krise nicht abzusehen.